

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Telephon  
Redaktion 2552

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon  
Expedition 2537

Nr. 17.

Danzig, den 24. Februar 1912.

3. Jahrgang.

## Geächtet.

Am 8. April 1911 konnten wir der breitesten Öffentlichkeit die sensationelle Mitteilung machen, daß es den Vertretern der Volkswacht von den zuständigen Behörden unmöglich gemacht wird, in den hiesigen Gerichtsräumen die Einrichtungen für die Presse beruflich zu benutzen. Der Landgerichtspräsident in Danzig erwiderte auf einen entsprechenden Antrag: man muß sich in der Regel darauf beschränken, lediglich den Mitgliedern des Danziger Schriftsteller- und Journalistenvereins (eine sozialistenfeindliche bürgerliche Vereinigung, D. N.) soweit sie Berichterstatter einer größeren, mindestens einmal täglich im hiesigen Verlag erscheinenden Zeitung sind, einen Tisch im Sitzungssaal selbst zur Benutzung zu überlassen. Damit ist auch für die Danziger Verhältnisse den Bedürfnissen der Presse und ihrer Bedeutung für die Öffentlichkeit Rechnung getragen.

Gegen diese Gründe erhoben wir Einspruch beim Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder. Natürlich erfolglos. Es hieß in der Antwort, daß „in den Sitzungssälen der Strafammern und der Schöffengerichte in Danzig nur für vier bis fünf Berichterstatter am Pressetisch Platz ist. Die Beschaffung weiterer Plätze ist wegen Raummangels nicht tunlich (!) und die Beschwerde daher ohne weiteres (!) nicht begründet.“

Ein erneuter Hinweis beim Oberlandesgerichtspräsidenten darauf, daß die vorhandenen Presseplätze fast nie voll ausgenutzt werden, daß der Zuhörerraum oft wegen Ueberfüllung einfach geschlossen wird, so daß unser Berichterstatter nicht einmal dort, unter den Kriminalstudenten seinen Beruf auszuüben vermag, daß durch einen weiteren Stuhl am Pressetisch alle Schwierigkeiten behoben werden können, fruchtete nichts.

Der Oberlandesgerichtspräsident schrieb dann aber: „Dagegen wird der Herr Landgerichtspräsident noch einmal prüfen, ob und unter welcher näheren Maßgabe ein Berichterstatter Ihrer Zeitung im Schwurgerichtssaal für die Sitzungen des Schwurgerichts auf der dort für die Vertreter der Presse bestimmten Bank ein Platz eingeräumt werden kann.“

Am 18. September 1911 kam nun ein Schreiben vom Landgerichtspräsidenten mit der Mitteilung, daß „für die Verhandlungen des Schwurgerichts im Schwurgerichtssaal die erste mit Schranken umschlossene Bank vor dem Zuhörerraum für die Presse bestimmt ist und hier auch ein Vertreter Ihrer Zeitung Platz finden kann. Um jedoch eine mißbräuchliche Benutzung dieser für die Presse bestimmten Bank durch Personen, die dort nicht hingehören, zu verhindern, ist es erforderlich, daß die einzelnen Vertreter der Zeitungen nur Zutritt gegen Vorzeigung einer auf den Namen lautenden, nicht an andere Personen übertragbaren Karte erhalten. Eine solche auf den Namen Ihres jetzigen Redakteurs, Herrn Schröder, lautende Karte liegt bei. Sie ist vor jeder späteren Sitzungsperiode für Herrn Schröder in der Gerichtsschreiberei neu erhältlich.“

Wir wandten uns erneut an den Landgerichtspräsidenten mit dem Ersuchen, zu veranlassen, daß der Schriftleitung der Volkswacht eine Pressekarte, nicht auf einen bestimmten Namen, sondern auf die Redaktion lautend überwiehen wird. Zur Begründung führten wir an, daß unser Zeitungsbetrieb es nicht gestattet, einen bestimmten Redakteur dauernd Gerichtsverhandlungen beiwohnen zu lassen. Im Gegenteil, es müssen sich alle vorhandenen Redaktionskräfte, je nach Zweckmäßigkeit, an jener Aufgabe beteiligen. Ist gerade der Redakteur, auf dessen Namen die Pressekarte lautet, verhindert, einer bestimmten Gerichtsverhandlung beiwohnen, dann fehlt der Volkswacht jede Möglichkeit zur Entsendung eines andern Vertreters. Mindestens müßten die beiden Redakteure, Crispian und Schröder, je eine Pressekarte erhalten.

Darauf erließ der Landgerichtspräsident folgenden Ukas, der die ganze Angelegenheit eigentümlich beleuchtete:

„Dem Antrage vom 23. d. Mts., eine Pressekarte für das Schwurgericht nicht auf den Namen, sondern auf die „Redaktion“ auszustellen, bin ich nicht in der Lage nachzukommen. Sollte Herr Schröder verhindert sein kann eine Karte auf einen anderen Vertreter nach vorheriger Anmeldung ausgestellt werden. Auf Herrn Crispian kann die Karte jedoch deshalb nicht ausgestellt werden, weil er nicht unbescholten ist. Er ist — wenn ich von Verleumdung durch die Presse und von Preßvergehen absehe — wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs mit zwei Wochen Gefängnis vorbestraft.“

Genosse Crispian, der damit im bürgerlichen Sinne, ohne Gerichtsverhandlung und Urteilspruch, geächtet und als unwürdig hingestellt wird, im Gerichtsgebäude Berichterstatterdienste zu tun, hat weder Silberne Löffel gestohlen, noch nach dem bekannten fürstlichen Vorbild einen Meineid auf dem Gewissen. Alle Strafen trug Crispian als Arbeiterführer für „politische“ oder „Preß-Sünden“ davon. Nicht eine einzige andere Strafe kommt in Betracht. Auch bei der Hausfriedensbruchsgeschichte handelt es sich nicht um die Verwilderung eines Eisenbahnzuges, ein Vorrecht besoffener Studenten,

auch nicht um Kadau in einer Kneipe, was bei patriotischen Festen zuweilen vorkommt, sondern ebenfalls um ein politisches Delikt.

Während einer Landtagswahl in Königsberg i. Pr. beriefen die Liberalen eine Versammlung, zu welcher alle Wähler „freundlichkeit“ geladen waren, die bereit wären, die liberalen Kandidaten zu unterstützen.

Bei den Stichwahlen zwischen Konservativen und Liberalen wollten die Sozialdemokraten die Liberalen unterstützen, wenn deren Kandidaten einige bestimmte Fragen zufriedenstellend beantworteten. In der erwähnten Versammlung waren die liberalen Kandidaten anwesend. Genosse Crispian ging deshalb mit anderen Sozialdemokraten hin, um den Liberalen die Fragen vorzulegen. Die liberalen Führer wiesen jedoch den Sozialdemokraten brüst die Tür. Darüber entstand begreifliche Unruhe unter den Versammelten. Die Polizei löste die Versammlung auf. Später stellten die Liberalen gegen acht bekannte Sozialdemokraten, darunter Crispian, Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs. Das Gericht verurteilte alle acht und ging über das Mindeststrafmaß weit hinaus. Das ist die ganze Geschichte. Und darum Räuber und Mörder:

Wir riefen den Oberlandesgerichtspräsidenten an und setzten ihm auseinander, daß kein G. und besteht, der ernstlich verbietet, eine Pressekarte auf die Redaktion der Volkswacht lautend, auszustellen. Viele Gründe sprechen aber dafür. Die in Aussicht gestellte Möglichkeit, in besonderen Fällen eine Pressekarte auf einen anderen Vertreter nach vorheriger Anmeldung ausgestellt werden, ist eine bürokratische Schwerfälligkeit, die mit der praktischen Journalistik nicht in Einklang zu bringen ist. Erstens sind doch solche gedachten Vertreter nicht immer gleich vorhanden und zweitens kann die ganze Gerichtsverhandlung, über die berichtet werden sollte, längst vorüber sein, bevor die Anmeldung und Umschreibung der Pressekarte erfolgt ist. Da sind amliche Bureaukraten einzuhalten und wahrscheinlich schriftliche Anmeldungen und ähnliche Weiterungen zu beachten. Die ganzen kraft- und zeitraubenden Schwierigkeiten sind mit einem Schlag aus der Welt geschafft, wenn uns einfach eine Pressekarte auf die Redaktion lautend ausgestellt wird.

Der Oberlandesgerichtspräsident gab diesmal keine glatte Antwort. Er meinte, wenn „die Redaktion der Volkswacht für einen von ihr bezeichneten Gerichtsberichterstatter eine Einlasskarte erhält.“ Wenn der gegenwärtige Inhaber dieser Karte behindert ist, „steht es der Redaktion frei, unter Rückgabe der auf diesen Berichterstatter lautenden Karte, die Ausstellung einer neuen Karte auf eine andere Person nachzujuchen. Erst in diesem Falle wird zu prüfen sein, ob der Erteilung der Einlasskarte an diese Person Bedenken entgegenstehen. Es bedarf daher gegenwärtig keines Eingehens auf die von dem Herrn Landgerichtspräsidenten gegebene, die Person des Redakteurs Crispian erhobenen Bedenken.“

Dieser diplomatische Bescheid konnte uns durchaus nicht befriedigen. Wir sandten daher die auf den Genossen Schröder lautende Pressekarte an den Landgerichtspräsidenten mit dem Wunsche, uns die Karte auf den Namen des Genossen Crispian umzuschreiben.

Der Landgerichtspräsident lehnte dies Gesuch unter Berufung auf die von ihm schon einmal betonte „Bestehenheit“ des Genossen Crispian rundweg ab. Obgleich Genosse Schröder behindert war, wurde ihm trotzdem wieder eine Pressekarte zur Verfügung gestellt!

Es blieb nichts übrig, als nochmals den Oberlandesgerichtspräsidenten zu bemühen. Ausdrücklich betonten wir, daß Genosse Schröder den bevorstehenden Sitzungen des Schwurgerichts nicht beiwohnen kann. Wir müßten daher eine Karte für den anderen Redakteur Crispian haben, soll uns die Möglichkeit werden, eine der wichtigsten Aufgaben der Presse zu erfüllen.

Die Antwort brachte nachstehendes preussisch klassisches Dokument.

„Die Erteilung der sogenannten „Pressekarten“ oder „Reporterkarten“ für Gerichtsberichterstatter gewährt diesen die Berechtigung, an den für die Vertreter der Presse bestimmten besonderen Plätzen ihre Tätigkeit wahrzunehmen und bezweckt dadurch eine Erleichterung für eine erschöpfende, sachliche, unparteiische und richtige Darstellung der Vorgänge in den Gerichtsverhandlungen zu schaffen.“

Bei der Beschränktheit des Platzes in den Verhandlungsräumen des Landgerichtsgebäudes in Danzig bedarf es dabei einer besonders sorgfältigen Prüfung, ob die Gerichtsberichterstatter, für welche die Erteilung einer Reporterkarte gewünscht wird, nach ihrer Persönlichkeit und ihrem Vorleben die erforderliche Gewähr dafür bieten, daß sie die erleichterte Gelegenheit in dem Sinne benutzen werden, wie sie verwendet werden soll.

Dem Herrn Landgerichtspräsidenten in Danzig muß ich darin beitragen, daß für den Redakteur Crispian diese Gewähr nicht besteht.

Der Redakteur Crispian ist außer wegen Hausfriedensbruchs auch viermal wegen Beleidigung mit hohen Geldstrafen belegt worden. Er besitzt danach nicht das Maß von Selbstbeherrschung und Sachlichkeit, welches für eine objektive Gerichtsberichterstattung erforderlich erscheint und es ist deshalb gerechtfertigt, ihm die Vergünstigung einer Reporterkarte zu versagen, weil nicht angenommen werden kann, daß deren Erteilung dem Zweck einer sachlichen, unparteiischen und richtigen Gerichtsberichterstattung förderlich sein werde. — Hiernach muß ich die Beschwerde als unbegründet zurückweisen.“

Die Darstellung des Oberlandesgerichtspräsidenten erweckt den Anschein, als sei die Zulassung der Presse zur Gerichtsberichterstattung eine Vergünstigung für artiges Betragen im landläufigen Sinne. Er verkennt damit durchaus die Aufgaben und die Bedeutung der Presse. Justiz und Presse müssen freimütig Hand in Hand arbeiten. Die Justiz kann nur erfolgreich wirken, wenn sie die Unterstützung der Presse findet. Jedes bürgerliche Sensationsblatt hat Zutritt zur Gerichtsberichterstattung, die ernste sozialdemokratische allein ist davon ausgeschlossen.

Die Bemerkungen in dem Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten darüber, wie weit Genosse Crispian über Selbstbeherrschung und Sachlichkeit verfügt, sind uns nichts als private Urteile eines Mannes, der Crispian in seinem Leben nie sah, geschweige ihn näher kennen lernte. Wenn der Oberlandesgerichtspräsident fünfzehn Jahre sozialdemokratischer Agitator und Redakteur gewesen wäre, wir glauben, daß er dann über Selbstbeherrschung und Sachlichkeit anders denken würde.

Die Redaktion der Volkswacht führte am 15. Dezember 1911 Beschwerde beim preussischen Justizminister. Am 5. Februar 1912 kam die Entscheidung:

„Nach Nachprüfung des Sachverhalts habe ich zu Maßnahmen im Aufsichtswege, insbesondere zu einer Abänderung des bemerkten Bescheides des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder vom 1. Dezember v. Js. keinen Anlaß gefunden.“

Der Minister spart sich überhaupt jede Begründung für die Ablehnung unseres Genossen Crispian. Wozu auch Gründe, wo die Macht entscheidet! Sonst predigt die bürgerliche Gesellschaft, wer seine böse Tat durch Strafe gestraft, dem darf man nie ertilte Verfolgungen vorhalten oder sie gar als Waffe gegen ihn benutzen. Heute sind wir überzeugter denn je, daß dieses kapitalistische Moralgesetz nur theoretisch existiert.

Genosse Crispian erfreut sich überhaupt einer besonderen Beachtung. Vor nicht langer Zeit versuchte ein Staatsanwalt, in einem Volkswachtprozeß, Crispian als Ehrabschneider hinzustellen, weil er angeblich gegen den Kapitalismus gehegt habe. Es versteht sich, daß unser Genosse dem Staatsanwalt auf der Stelle gebührend und wirkungsvoll diente. Auch die Warmbrunn-Geschichte fällt uns hierbei ein, wo ein früherer Assessor Warmbrunn als Vorsitzender einer Gerichtsverhandlung dem Genossen Crispian zutraute, daß er es mit dem Eide nicht so genau nehme. Und zwar hielt der Assessor die Neigung zum Falschheid für eine spezifisch sozialdemokratische Eigenschaft. Befagter Herr Warmbrunn schied bald darauf aus dem Staatsdienst. —

## Politische Übersicht. Grün und Rot.

Der selber ein extremer Vertreter junkerlicher Machtpolitik und einer der Hauptleute in jener Kamarilla von Brömmer war, die Friedrich Wilhelm der Vierte den klaren Blick durch süßliche Weintrübschwallen verschleierte, Ludwig v. Gerlach, hat in einem guten Augenblick auf seine Klassenossen einmal das Wort geprägt, von den Elementen, die mit dem Gesicht nach dem heimatischen Mist gewendet daständen und mit dem Rücken nach dem Anspruchs machenden Staat. Heber zwei Menschenalter ist das Wort alt, aber die Masse, der es gilt, ist noch heute schier unverändert: immer noch stehen sie, den Blick auf den heimatischen Misthaufen gerichtet, breitbeinig und trugiglich da, immer noch betrachten sie den ganzen Staat als ein Küstergut, aus dem man sich für die Partein herauszuquetschen seien, und immer noch kehren sie ihm abwendend die Hinterfront zu, wenn er, wie bei der Erbschaftsteuer, mit den laibhaftigsten Ansprüchen an sie herantritt. Die kapitalistische Entwicklung ist in den letzten sechzig Jahren wie ein Tornado, wie ein unwiderstehlicher Wirbelwind, über die Erde dahingebraust und hat alles drunter und drüber geworfen, alte Kulturen sind zerstört und ganze Staaten von der Landkarte weggewischt worden, aus tausendjährigen Kaiserreichen wurden Republiken, und selbst Athens harter und zäher Boden ist heute feuerflüssige Lava, alles, alles hat sich gewandelt, nur unsere ostelbischen Junker sind dieselben wie einst.

Mit dem üblichen Hallo und den gewöhnlichen Pautenschlägen sind diese agrarischen Junker in diesen Tagen in Berlin zu ihrer großen jährlichen Heerschau, zur „grünen Woche“ versammelt. Gewiß sind sie nicht allein zum Redenhalten und zum Redehören von ihren hinterpommerschen Klitschen nach dem „Sündenbuche“ an der Spree“ geströmt, sondern auch, um sich auf seinem Asphalt bei leichten Täntchen und schweren Weinen von der „Erhaltung des Familienfinns“ zu erholen, und es ist wie ein Sinnbild für die Janatiker des Fleischwuchers, daß ihre Anwesenheit auch die Fleischpreise im Café National sprunghaft in die Höhe treibt. Schließlich



Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeiterläumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgelegt wird.

5. Dem Artikel 1 der Reichsverfassung werden folgende Sätze hinzugefügt: Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstags auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstags in dieser Eigenschaft erhalten hat, und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen, die Mitglieder des Reichstags in dieser Eigenschaft gemacht haben.

Der Artikel 31 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung: Artikel 31. Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstages muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Haftshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

§ 52 der Strafprozessordnung erhält folgende Zusätze: Zu Absatz 1.

Mitglieder des Reichstags, eines Landtags oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates und Mitglieder eines kommunalen Vertretungkörpers in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist."

**Säbelhiebe statt Wahlrecht.** In neun stark besuchten Versammlungen protestierte die Bevölkerung Braunschweigs gegen die neue Wahlgesetzvorlage, die die Dreiklassenwahl bereinigen will. An der gleichen Stelle, wo vor zwei Jahren bei einer Wahlrechtsdemonstration ein Polizist mit einem Säbel einem 63-jährigen Mütterchen das Gesicht zerhieb, machte die Polizei wieder einen Angriff auf heimkehrende Versammlungsbesucher. Mit Gummiknüppeln und Säbeln schlugen die Polizisten und Nachwächter ohne erkennbare Veranlassung auf das Publikum ein, eine Menge Verhaftungen vornehmend. Weitere Protestversammlungen sind im ganzen Lande angefangen.

**Schnüffelrei.** In Breslau erhielten alle diejenigen Reserveoffiziere, die am Kaisergeburtstags-Diner des Offizierskorps nicht teilgenommen haben, vom Bezirkskommando folgendes Schreiben:

Bezirkskommando I. Breslau, 12. Februar 1912.

Personlich.  
Euer Hochwohlgeboren haben hierunter bis zum 19. d. M. zu melden, warum Sie nicht an der Kaisergeburtstagsfeier des Offizierskorps des Landwehrbezirks I Breslau am 27. Januar d. J. im Konzertsaal teilgenommen haben; hierbei ist die Behörde, Korporation, an dessen Festessen Sie sich beteiligt haben, anzugeben.

**Ausland.**

**Oesterreich.**

Graf Ahrenthal +.

Der Minister des Äußern, Graf Ahrenthal, erlag vor einigen Tagen einer Krankheit. Zu seinem Nachfolger wurde Graf Leopold Berchtold ernannt. Die auswärtige Politik Oesterreichs, die Graf Ahrenthal geleitet hat, war stark von imperialistischen Tendenzen durchsetzt und man erinnert sich nur mit Abscheu der widerwärtigen Balkanhandlungen, die unter anderem nach Räuberart Bosnien an Oesterreich brachten. Es war ein gefährliches, durchaus nicht im Sinne des Friedens liegendes Wirken, das dieser Mann fünf Jahre lang verfolgte und das der Donaunomarchie schwere Armeestiftungen kostete. Der Graf war im Sinne des deutschen Kaisers ein „Mehrter des

Reichs", während im eigenen Lande die so überaus nötigen Reformen unterblieben und der Nationalitätenstreit durch diesen Mann noch verschlimmert wurden. Aber noch viel schlechteres hat man ihm nachgelagt, von Bestechung und Fälschung hat man gesprochen. Er hat eine Postkarte verfolgt wie etwa ein Bismarck, nur nicht mit solchen Erfolgen. Der Kaiser soll angeordnet haben, daß sein Nachfolger in den gleichen Bahnen wandle.

**Kleine politische Nachrichten.**

**Henckell Trocken-Luftkreuzer.** Die Inhaber der Sechshellerei Henckell Trocken, Otto und Karl Henckell, stellten dem Kaiser zur Beschaffung weiterer Flugzeuge für das deutsche Heer hunderttausend Mark zur Verfügung. Diese Summe werden die künftigen Geschäftsleute durch die patriotische Reklame bald wieder bereinholen.

**Einberufung des bayerischen Landtags.** Der Prinzregent von Bayern hat den neugewählten Landtag auf den 27. Februar einberufen.

80 Proteste gegen Reichstagswahlen sind insgesamt beim Parlament eingelaufen.

**Aus Westpreuzen.**

**Danzig.**

An unsere werten Inserenten und Leser. Im Anschluß an die in voriger Nummer gemachte Mitteilung über die Besetzung des Redakteur- und Geschäftsführerpostens bemerken wir ergänzend, daß der Genosse Broshwitz nicht aus der Expedition ausscheidet. Er übernimmt vom 1. April die Annoncen-aquisition als selbständige Abteilung. Der ständig wachsende Verbreitungskreis der Volkswacht und das wöchentlich zweimalige Erscheinen machten diese Neuregelung notwendig. — Für Elbing ist Genosse Krüger auch fernerhin Vertreter der Volkswacht bei Inserataufträgen, während die Expedition in der Hand des Genossen Bredow ruht. Wir bitten unsere Geschäfts- und Parteifreunde von diesen Dispositionen Kenntnis zu nehmen.

**Rebellierende Stadtväter** gab es in der letzten Sitzung der Stadtverordneten mehrfach. So verhandelte man zu Beginn nahezu zwei Stunden in geheimer Tagung, um die Magistratsvorlage — Anstellung eines Heizungsbeamten und Betriebsleiters im städtischen Krankenhaus — schließlich abzulehnen. Die kriegerische Stimmung wirkte noch in der öffentlichen Sitzung nach. Hier sollte eine Kommission zur Beratung über den Bau des Krematoriums gewählt werden. Dr. Thun, Wortführer der Opposition bei dieser Frage, gehörte zu den offiziell in Aussicht Genommenen. Die Versammlung hatte zu seiner Wahl jedoch keine Neigung, obwohl der Herr Stadtverordneter-vorsteher sie aus „Gründen der Berechtigung“ empfahl. Ohne Widerspruch erfolgte zuerst die Wahl der Stadtverordneten Ernst, Krupka, Schade, Stahl und Emil Salomon in die Krematoriumskommission. Dann mußte sich Herr Thun mit seinem Begleiter, dem Stadtverordneten Simson, messen. Auf Thun fielen 23, auf Simson 24 Stimmen. Stadtverordneter Schmidt erhielt eine Stimme. Resultat also: Stichwahl. Im zweiten Wahlgang siegte Thun mit einer Stimme Mehrheit. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen genehmigte die Stadtverordnetenversammlung den Verkauf von 10820 Quadratmetern Land in Neuschottland an die Danziger Gemeinnützige Gartenstadtgenossenschaft. Der Preis für ein Quadratmeter beträgt 1,25 Mark. Weitere 6270 Quadratmeter darf der Magistrat zum gleichen Preise eventuell ebenfalls bis zum 1. Oktober an die Genossenschaft verkaufen.

**Arbeiter, hütet Eure Kinder!** Die seit langem geplante Gründung eines Ortsvereins von dem „Jungdeutschland-Tugendbunde“ ist nun vollzogen. Ungefähr 150 „vaterländisch“ gefinnte Männer, zum größeren Teile Offiziere, hatten sich dieser Tage im Danziger Hof versammelt. Nach der voll-

zogenen Gründung wurde ein Ausschuss von 42 Herren gewählt, welcher den Ortsverein, der seine Tätigkeit auch auf die beiden Danziger Landkreise, den Dirschauer Kreis und Zoppot erstrecken wird, in drei Wochen „aktionsfähig“ machen soll. Es ist also mit Sicherheit zu erwarten, daß man allenthalben, nicht zuletzt in den Gewerbe- und Fortbildungsschulen, versuchen wird, mit den Kinderlichen der Soldatenpieler der heranwachsenden Jugend den Kopf zu verdrehen. Unsere Parteifreunde haben alle Veranlassung, in ihren Bekanntenkreisen vor den „Jugendfreunden“ zu warnen. Erzieht Eure Kinder zu Klassenkämpfern, Genossen!

**Wahlvorsteher-Schlaubeit.** Saß da jüngst einer unserer Genossen bei einem Glase Bier mit einem Herrn zusammen, der in den Tagen der Wahl als Wahlvorsteher fungierte, sonst aber das friedliche Gewerbe treibt, dürftige Menschenkinder zu laben. Die politische Erregung, die noch immer nachjulkert, ließ das Gespräch auf den 12. Januar und die vier Millionen Roter kommen. Und da meinte der Herr Wahlvorsteher a. D.: „Wissen Sie, daran, daß die Arbeiter rot wählen, hat man sich schon gewöhnt. Und wenn ich auch kein Sozialdemokrat bin, meinestwegen mögen Sie es schon tun. Aber gemein ist es, wenn die Beamten anders als konservativ stimmen. Wie Sie gewählt haben, kriegen wir aber doch raus. Wenn ich einen kontrollieren will, streiche ich mir vorher das Haar glatt. Dafür, daß es geölt ist und meine Finger sich auf dem Kuvert abdrücken, kann ich doch nicht. Ich weiß aber am Abend ganz genau, wie der betreffende Beamte stimmte.“ Wir lassen es dahingestellt, ob der Herr so offenerzig gewesen wäre, wenn er in seinem Zuhörer einen Anhänger des blutrotten Mary geahnt hätte. Jedenfalls beweist die Darlegung dieses Eingeweihten, daß es hunderterlei Mittel gibt, das Wahlgeheimnis zu verletzen, ohne daß der Wähler etwas merkt. So gut die geheime Abstimmung auch ist — vielmehr Wert ist auf das gleiche Wahlrecht zu legen. Das ist der Angelpunkt jeder Demokratie.

Ein Zentrumsredakteur wird bekanntlich krank, wenn er nicht alle vierundzwanzig Stunden etwas über die Sozialdemokratie zusammenlügen kann. Mit Rücksicht auf dieses Erbübel tücht das Westpreußische Volksblatt in der Donnerstagsnummer seiner Leserschaft eine grausliche Einbruchsgeschichte aus Paris auf, also ein Einbrecher einem sozialrevolutionären Blatte 3000 Frank geraubt habe. Soll. Eine Besprechung dieser Mordgeschichte erübrigt sich. Dagegen können wir die Einleitung nicht stillschweigend passieren lassen. Sie lautet: „Eigentum ist Diebstahl, heißt es bekanntlich an der Spitze des sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses.“ Wir bitten die so sehr belesene Redaktion des Westpreußischen Volksblattes, uns mitzuteilen, wo dies „sozialdemokratische Glaubensbekenntnis“ erschienen ist. Als Gegengabe versprechen wir ihr, die „Fromme Helene“ oder den „Heiligen Antonius von Padua“ zu verehren. Die lustigen Schilderungen, die Buch von den Zentrumsfrommen entwirft, dürften den Redakteuren des Westpreußischen Volksblattes viel Freude machen.

Zu den neuen 1-erliner D-Zügen. Der Verband reisender Kaufleute ersucht die Eisenbahnbehörden in einer Eingabe um Einrichtung d. c. dritten Klasse in den neuen D-Zügen Danzig — Berlin und Königsberg — Berlin. Die bürgerliche Presse Danzigs unterstützt diese Forderung auch nicht mit einem Wort! So wahr der gefinnungslüchtige Journalismus das Interesse des Publikums.

Wir verkaufen, während der stillen Zeit, unsere fertigen Herren-Garderoben zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Anzüge nach Maß auch nur jetzt von 36 Mark an. Unsere Konfektion zeichnet sich durch vorzüglichen Sitz und haltbare Stoffe aus.

Hirschberg & Waldhaus, Danzig, Breitgasse 120.

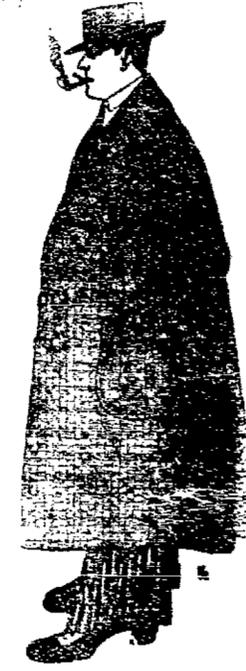
Bei Ed. Michaelsons Ww. Neufahrwasser } kauft Schuhe und Stiefel jeder Art am billigsten und besten  
Olivaerstr. 66 } man

**Eugen Gasse**  
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung  
Danzig, Kohlenmarkt 14 - 16  
Telephon 1854. Ecke Passage. Telephon 1854.

**Billige Verkaufstage**  
Solange Vorrat reicht.

Winter- u. Sommer-  
Ulster moderne schöne Stoffe 1750  
Herren-Anzüge eleg. Stoffe vorzüglicher Sitz jetzt 1850  
Herren-Hosen schöne neue Dessins, solide Qual. jetzt 490  
Knaben-Anzüge reizend. Kamm. garn, schön verarbeitet. jetzt 575  
Herren-Knaben-Hosen jetzt 135  
Einfegungsanzüge jetzt 975

Beachten Sie unsere sechs Fenster.



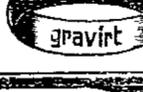
**Uhren** kauft man billig und gut mit dreijähriger Garantie

Silberne Damen- und Herrenuhren von 7,00  
Goldene Damenuhren von 14,00  
Wacker von 1,50  
Regulatore und Freischwinger wegen Mangel an Raum zu jedem annehmbaren Preise.

Reparaturpreise: 1 Uhr reinigen 1  
1 Feder 1,00, Glas 15 S., Zeiger 10 S., Kapsel 20 S., das Paar von 3 bis 60, stets auf Lager. Eingravieren gratis.

**M. Jacobsohn,**  
Uhrmacher und Juwelier  
Nur Breitgasse Nr. 113





**Backobst**  
Tilsiter Käse 1853  
Marmeladen, Kunsthonig, Rollmöpfe, Bratheringe

**E. Warkentin**  
Schüsseldamm 24.

Richard Manhold, Pfefferstadt 54.

**A. Müller, Friseur,** Schüssel-damm 30

Fahrräder, neu, Mark. Adler zu verk. Ggf., Mirauerweg 28, Kroenke

1 Schreibstisch, Zylinderbureau, zu verk. Danzfuhr, Eisenstraße 21 II

**Kredit Möbel**  
Herren- u. Damen-Garderobe liefert bei kleinster Anzahlung billig

**Blumenreich**  
DANZIG  
Breitgasse 16  
Gegründet 1881

**Schuhwarenhaus Tüdler**  
Holzmarkt 19 neben der Hutfabrik Bruno Berndt.

**Spezial-Qualitäts-Stiefel**  
für Herren und Damen  
in verschiedenen Ledersorten

6<sup>25</sup> Mark  
per Paar

Sämtliche andere Schuhwaren in großer Auswahl zu enorm billigen Preisen. 1874



**Nähterinnen** erhalten das ganze Jahr hindurch gleichmäßige lohnende Beschäftigung von Rolenberg & Wölfer Schwarzfabrik, Hundegasse 59

Echten selbstgeackerten  
**Schnupf-Tabak**  
garantiert rein  
erstklassiges Fabrikat  
empfehl auch an Wiederverkäufer

**J. Kostuchowski**  
Danzig-Schidlit, Karthäuserstr. 113, Teleph. 2747.

Manufakturwaren — Herren- und Damen-Konfektion **Max Rohde** Neufahrwasser  
Sämtliche Arbeiterbekleidung empfiehlt zu staunend billigen Preisen 46 Olivaerstrasse 46

# Kaufhaus A.C. Stenzel, Danzig

Fischmarkt 28, 29, 32, 33, 34.

## Bett-Einschüttungen.

I. P. Einschüttungen	rot und gestreift	6 <sup>00</sup>	5 <sup>00</sup>	4 <sup>00</sup>	3 <sup>50</sup>	3 <sup>00</sup>
II. P. Einschüttungen	garantiert federdicht	8 <sup>00</sup>	7 <sup>00</sup>	6 <sup>00</sup>	5 <sup>00</sup>	4 <sup>00</sup>
Kissen- u. Pfuhl-Einschüttungen	rot und gestreift, garantiert federdicht	1 <sup>50</sup>	1 <sup>20</sup>	1 <sup>00</sup>	90	70
Einschüttung	Meter	1 <sup>80</sup>	1 <sup>50</sup>	1 <sup>35</sup>	1 <sup>20</sup>	1 <sup>05</sup>
		90	75	60	45	

## Bett-Bezüge.

I. P. Bezüge	bunt und weiß	3 <sup>50</sup>	3 <sup>00</sup>	2 <sup>75</sup>	2 <sup>50</sup>	2 <sup>00</sup>
II. P. Bezüge	bunt und weiß	4 <sup>50</sup>	4 <sup>00</sup>	3 <sup>50</sup>	3 <sup>25</sup>	3 <sup>00</sup>
Kissen- und Pfuhl-Bezüge		1 <sup>50</sup>	1 <sup>25</sup>	1 <sup>10</sup>	90	80
		70	60	60		

Sowie prima doppelt gereinigte böhmische Bettfedern und Daunen in allen Preislagen.

## Bett-Bezugstoff.

Bezugzeug	bunt	Meter	60	53	45	38	30
Linon	gute Qualität	Meter	60	53	45	38	
Damast	gute Qualität	Meter	1 <sup>05</sup>	90	75	60	53

## Bett-Laken.

Barchent-Laken	bunt und weiß	2 <sup>50</sup>	2 <sup>00</sup>	1 <sup>80</sup>	1 <sup>50</sup>	1 <sup>35</sup>	1 <sup>25</sup>
Leinen- und Dowlas-Laken		3 <sup>00</sup>	2 <sup>50</sup>	2 <sup>00</sup>	1 <sup>80</sup>	1 <sup>50</sup>	1 <sup>10</sup>

## Bett-Decken.

Waffel-Bettdecken	bordeaux und weiß	4 <sup>00</sup>	3 <sup>50</sup>	3 <sup>00</sup>	2 <sup>75</sup>	2 <sup>50</sup>	2 <sup>00</sup>
Salin- und Kattun-Steppdecken		10 <sup>00</sup>	8 <sup>00</sup>	7 <sup>00</sup>	6 <sup>00</sup>	5 <sup>00</sup>	4 <sup>00</sup>
		3 <sup>00</sup>					

1884

## Extra billiges Angebot



**Herren-** Zug-, Schnallen-, Schnürstiefeln u. Schuhe  
von Mk. 4.50 u. 4.15 an

**Damen-** Schnürstiefeln u. Knopfstiefeln  
von Mk. 4.— an

**Kinder-** Schnür- u. Knopfstiefeln  
von Mk. 1.75 an

Schaftstiefel in großer Auswahl besonders preiswert

**Stiefelkönig** G. m. b. H.  
Danzig, Breitgasse 120.

## Enorm billiger Möbel-Verkauf!

Kleiderschränke v. 28 Mk. an  
Vertikals von 26 Mk.  
Sofas von 35 Mk.  
Chaiselongues von 28 Mk.  
Tische von 8 Mk.  
Stühle von 2.50 Mk.  
Pflanzspiegel von 9.50 Mk.  
Panzelbretter von 3.50 Mk.  
Etagere von 8.50 Mk.  
Waschtische von 29 Mk.  
Küchenschränke von 24 Mk.  
Bettstellen von 15 Mk.

nur im Möbelkaufhaus  
Breitgasse 16.

Achtung!

## Deutscher Bauarbeiterverband.

Dienstag, den 27. Februar, abends 7 Uhr im Lokale Bürgergarten, Schidlitz

## außerordentl. Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Der Deutsche Bauarbeiterverband und sein Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Referent: Kollege Gehl, Bromberg.

2. Vereinsangelegenheiten.

Kollegen! Erscheint vollzählig in dieser sehr hochwichtigen Versammlung.

Der Zweigvereinsvorstand.

J. U.: A. Treder.

## Sozialdemokratischer Verein Danzig-Land

Bezirk Ohra

Montag, den 26. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn Holz, Restaurant „Zum fideleu Bauer“ Ohra-Niederfeld, unsere

## Mitgliederversammlung

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zur Gewerbesteuerreform  
2. Rechnung vom 1. Quartal 1911  
3. Vereinsangelegenheiten

Schlüsselsprecher: Der Bezirksvorstand.

## Uhren



mit 3jähr. schriftl. Garantie  
Silberne Herrenuhren 7.50  
Damenuhren 7.50  
Goldene Damenuhren 14.50  
Wekker 1.75

Reparaturpreise:

S. Lewy Nf., Uhrmacher,  
nur Breitgasse 28.

## Spreng-Maschinen

Fahrrädern

A. Hein

Breitgasse 115.

## Brauswetter

Eiskülgasse 23.

M. Schielau

Ich

Volkswacht-Abonnent

berücksichtige

Volkswacht-Inserenten.

## Herren-Confection

15% Rabatt 15%  
auf Paletots und Ulster.

Loden-Joppen, warm gefüttert von 5,25 Mk an  
Sport- und Pelz-Joppen in großer Auswahl  
Jackett-Anzüge, mod. Stoffe von 12,50 Mk an  
Jackett-Anzüge, ein- und zweireihig, Ersatz für Maß von 23,50 Mk an  
Rehrock-Anzüge von 22,50 Mk an  
Herren-Stoffhosen von 1,95 Mk an  
Jünglings-Anzüge von 6,75 Mk an  
Knaben-Anzüge und Pyjacks sehr billig. 1729

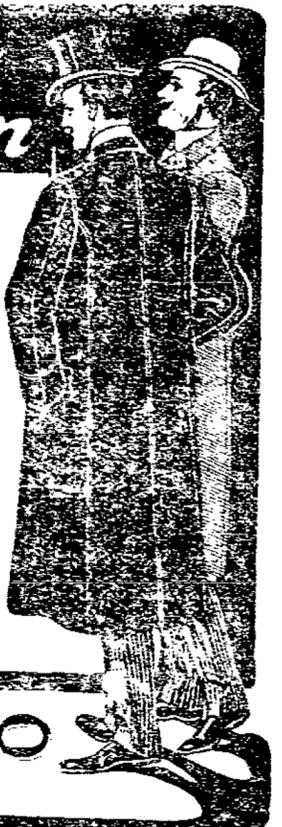
Berufsbekleidung.

Herren-Artikel.

Großes Stofflager zur Maßanfertigung.

10 Goldene 10

Danzig, Breitgasse 10.



## Krakau.

Gasthof zum Deutschen Kaiser.

Sonntag, den 25. Februar

Anstich von Bockbier

Kappen pp. gratis.

Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

R. Thomas.



## Die Echt Elbinger Mumme

aus der  
Bierbrauerei Rudolf Ulrich-Elbing  
ist ein ärztlich empfohlenes Gesundheitsbier von  
sehr hohem Malzgehalt und niedrigem Alkohol-  
gehalt, daher verdient es mit Recht den Namen  
„Flüssiges Brot“.

## Elegante Anfertigung

Garderoben

Schidlitz, Unterstraße Nr. 1.

## Wahlrecht-Platten

Der Freiheit Morgenrot  
Sozialisten-Märch  
Ein Sohn des Volkes  
Arbeiter-Marie-Anne  
Wahlrecht-Platten  
Elbinger 898  
Platten-Zentrale  
Hanz Tischmann  
Platten von 0,50-5,40 Mk  
am Lager

Oskar Schützmann

Best. nach und nach

Terrassenstraße No. 67.

## Grogrum

zu 1,50 Mk.

Von 38 bis 55 Mk.

Julius Falberg, Schneidermeister,  
Breitgasse Nr. 107, 1. Et.

# Beilage zur Volkswacht

Nr. 17.

Danzig, den 24. Februar 1912.

3. Jahrgang.

## Aus Westpreußen. Nationaler Selbstmord.

Nach welcher unerbittlicher Selbstsucht die bei uns maßgebenden Parteien ihre Politik einrichten, dafür zeugte wieder einmal ein Vortrag, den sich dieser Tage die Agrarier im deutschen Landwirtschaftsrat halten ließen. Dort sprach Professor Oldenburg aus Greifswald über die Zu- und Abnahme der deutschen Volkszahl. Bekanntlich wird für die Erwerbung von Kolonien als ein Grund immer angegeben: wir müßten Land für unsere überschüssige Bevölkerung haben; und wenn die Sozialdemokratie demgegenüber ausführt, daß wir ja einen Ueberschuß an Bevölkerung gar nicht haben, so wurde das als häßliche Nörgelsucht hingestellt. Professor Oldenburg natürlich — wie jeder, der sich ernsthaft mit der Statistik beschäftigt hat — weiß ganz genau, daß unsere scheinbar so glänzende Bevölkerungszunahme auf morschem Boden ruht. Gewiß wächst vorläufig noch die deutsche Volkszahl um jährlich etwa 850 000 Köpfe. Aber schon vor Jahr und Tag hat die sozialdemokratische Presse angedeutet, daß diese Zunahme nicht etwa auf eine Vermehrung der Geburten zurückzuführen ist. Im Gegenteil, die Zahl der Geburten nimmt rapide ab! Im Jahre 1872 kamen auf 1000 Einwohner noch 41 Geburten, 1901 nicht ganz 37. Seitdem aber ist sogar die absolute Geburtenziffer gefallen, sie betrug im Jahre 1901 noch 2 100 000, 1909 nur 2 038 000. Das heißt: 1909 auf 1000 Einwohner nicht mehr ganz 32 Geburten. Nur weil zugleich die Zahl der Sterbefälle ebenfalls stark gesunken ist, (1872—1909 von 39 auf 18 pro 1000 Einwohner) bleibt noch ein Ueberschuß übrig, und daher rührt der Zuwachs von 850 000 Köpfen pro Jahr. Nun liegt doch aber auf der Hand, daß die Sterbefälle nicht mehr viel abnehmen können; irgend eine Anzahl Menschen wird jedes Jahr sterben. Wenn dann die Geburtenziffer immer weiter sinkt, so muß notwendiger Weise eine Abnahme der Bevölkerung eintreten. Und so kommt denn auch Professor Oldenburg zu dem ganz richtigen Schluß: man solle um Himmelswillen den Gedanken an Siedlungskolonien aufgeben; die würden für uns einen Blutverlust bedeuten, den wir auf die Dauer nicht verschmerzen könnten. Wenn das aber stimmt, so ist einer der drei Gründe, die für unsere Kolonialpolitik angeführt werden, (mehr als drei Gründe sind es nicht,) als Lüge entlarvt.

Genau so unehrlich aber wie die Kolonialpolitik steht den Oldenburgschen Darlegungen auch unsere Agrarpolitik gegenüber. Oldenburg stellt nämlich kurzer Hand den Satz auf, daß die Ursache des Geburtenrückganges im großstädtischen Boden wurzelt, während die ländliche Bevölkerung ihre Fruchtbarkeitsziffer fast unverändert erhalten hat. Es versteht sich, daß er mit solcher Behauptung seinen agrarischen Zuhörern ein großes Vergnügen bereitet hat, aber vergebens sucht man in dem Bericht über seinen Vortrag auch nur nach dem leisesten Versuch, den Satz zu beweisen. Im Gegenteil, nach einer längeren Diskussion gab er im Schlußwort zu, daß auch der Geburtenrückgang auch auf dem Lande an Boden gewonnen hat. Das ist also ungefähr das Gegenteil dessen, was er zuerst gesagt hatte. Und in der Tat, in der Statistik findet sich nicht der leiseste Anhalt dafür, daß die Dinge auf dem Lande besser liegen als in der Stadt. Im preussischen Staat z. B. betrug 1909 die durchschnittliche Geburtenziffer 33 auf 1000 Einwohner. Wesentlich darunter stand eigentlich nur die Stadt Berlin mit 22 $\frac{1}{2}$  pro Tausend. Hier aber liegen wegen der starken Zuwanderung abnorme Verhältnisse vor: wer will sagen, ob es gerade die einheimischen Berliner sind, die so wenig gebären, und nicht vielleicht gerade die aus ländlichen Bezirken Zugewanderten? Die höchsten Ziffern aber finden sich in den Industriebezirken des Westens: Düsseldorf 35, Trier 36, Arnberg 40 $\frac{1}{2}$ , Münster 45; hoch steht auch Westpreußen (Danzig 38 $\frac{1}{2}$ , Marienwerder 39), desgleichen Posen mit 39 und Bromberg mit fast 41, während das ostpreussische und das pommerische Junkerparadies nur eben gerade den Durchschnitt liefern. Nun aber kommt es für die Volksvermehrung — wie wir gesehen haben — gar nicht so sehr auf die Geburtenziffern an, sondern vielmehr auf den Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle. Und auch hier zeigt sich kein wesentlicher Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Bezirken (abgesehen natürlich wieder von Berlin). In Ostpreußen beträgt der Ueberschuß 11—15 auf 1000 Einwohner, in Westpreußen 17—18, in Posen 19, in Pommern 11—15, in Sachsen und Schleswig-Holstein 10—14, in Westfalen 17—25, im Rheinland 13—12.

Diese Zahlen zeigen jedenfalls, daß ein merkbarer Unterschied zwischen Stadt und Land nicht vorhanden ist. Es muß folglich die Ursache eine solche sein, die auf dem Lande sowohl wie in der Stadt wirkt. Das aber hat die Agrarier nicht gehindert, auch aus dieser faulen Blüte Honig für ihre Privatinteressen zu saugen. Weil Professor Oldenburg gänzlich beweislos behauptet hat, daß auf dem Lande mehr Menschen geboren werden, so forderte in der Diskussion der Agrarierhauptidee Wangerheim auch aus diesem Grunde wieder Einschränkung der Freizügigkeit und Bereicherung

der Großgrundbesitzer durch Schutzzölle. Und auch Professor Oldenburg, trotz seines Rückzuges im Schlußwort, befürwortete die Annahme einer Resolution, worin ein „wirtschaftlicher Schutz der ländlichen Bevölkerung“ gefordert wird.

Auch das ist im höchsten Grade unehrlich, weil ja dieser sogenannte „wirtschaftliche Schutz“ ganz offenbar die wahre und eigentliche Ursache der drohenden Gefahr ist! Welt durch die Zölle und die indirekten Steuern die Lebenshaltung so schrecklich verteuert wird, deshalb muß die Bevölkerung sich eine Beschränkung auferlegen. Geradezu gewissenlos handelt der, der Kinder in die Welt setzt, obwohl er genau weiß, daß er sie weder körperlich noch geistig ausreichend ernähren kann, weil die reichen Herren in Stadt und Land durch ihre Zoll- und Steuerpolitik ihm den Ertrag seiner Arbeit wegnehmen. „National selbstmörderisch“, sagt Professor Oldenburg, „ist eine Politik, die zwar der Erwerbsspielraum erweitert, aber gleichzeitig die Bevölkerungsquellen verstopft.“ Damit hat er der von ihm und Herrn v. Wangerheim betriebenen Politik selbst das Urteil gesprochen: nationaler Selbstmord ist es; das ganze Volk wird im wahrsten Sinne des Wortes zu Grunde gerichtet, damit wenige reiche Herren noch reicher werden.

## Elbing.

### Aus dem Stadtparlament.

Zu Beginn der letzten Sitzung waren 52 Stadtverordnete anwesend. Die räumlich sehr beschränkte Tribüne mied eine zahlreichere Zuhörerschaft aus. In der Hauptsache wohl von Interesse an der auf der Tagesordnung stehenden Regelung des Submissionswesens befaßt. Dieser Gegenstand verfiel jedoch der Vertagung, da die vorbereitende Abteilung zu ihm noch keine Stellung einnehmen konnte. Überhaupt hatte der Vorstand der Versammlung ein allzu reichliches Arbeitspensum zugemutet. Nicht weniger als 28 Sachen sollten erledigt werden. Darunter wichtige Haushaltspläne und Jahresrechnungen, welche eine eingehende Behandlung erfordern. Kein Wunder, daß die Hälfte dieser Vorlagen zur nächsten Sitzung verschoben werden mußte. Eine längere Aussprache zeitigte der Haushaltsetat der Polizeiverwaltung. Doch bewegte sich die Diskussion weniger in kritischem Rahmen, da anscheinend der Dezernent bestrebt ist, die Mißstände dieser Verwaltung auszumergen. Auf Grund der Erfahrungen während der Typhusepidemie schlug die Verwaltung vor, Gebühren für Desinfektionen nur von Personen zu erheben, welche zu einem Jahreseinkommen von mindestens 2000 Mark veranlagt sind. Genosse Trilke beantragte völlige Unentgeltlichkeit, und im Fall der Ablehnung seines Antrages, Heraussetzung auf 3000 Mark Jahreseinkommen. Er begründete dies eingehend mit wirtschaftlichen Folgerungen und Forderungen des Volksgesundheitswesens. Genosse Schulz unterstützte ihn. Man hätte nun annehmen sollen, daß die in der Stadtverordnetenversammlung sitzenden Ärzte für die berechtigten Forderungen unserer Genossen eintreten würden. Doch das hieß, bei diesen Herren zu viel sozialpolitisches Verständnis voraussetzen. Daß es ihnen daran mangelt, beweisen die Herren Dr. Bleyer und Reußner wieder zum soundsovielten Male. Sie wandten sich ganz entschieden gegen den Antrag unserer Genossen und brachten ihn auch zu Fall. Allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit. Bemerkenswert ist, daß der „christliche“ Arbeitersekretär Riisch unsere Anträge nicht unterstützen half. Insgesamt erfordert der Polizeietat für das Jahr 1912/13 einen Zuschuß von 173 000 Mark aus der Kammerei-Hauptkasse, der Etat der Schuldenverwaltung einen solchen von 163 000 Mark.

Interessant gestaltete sich die Diskussion über den Haushaltsplan des Schlachthofes. Herr Bartel, Obermeister der Fleischerinnung, plauderte hierbei mit aus der Schule, daß der Herr Direktor des Schlachthofes, welcher doch mit mehreren tausend Mark Gehalt angestellt ist, sich wochenlang nicht im Schlachthof sehen lasse und daß die Fleischermeister mit diesem Zustande sehr zufrieden seien. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob damit die Tatsache in Verbindung gebracht werden kann, daß die Beanstandungen kranken Fleisches und die Überweisung desselben an die Freibank ganz beträchtlich zurückgegangen sind. Genosse Trilke forderte vom Magistrat eingehende Untersuchung der Verhältnisse des Schlachthofes. Zu volkswirtschaftlichen Betrachtungen anreizend sind die statistischen Feststellungen über die Benutzung des Schlachthofes im vorigen Jahre. Trotz der Bevölkerungszunahme Elbings sind gegenüber dem Vorjahre nur 2000 Schweine mehr und 500 Rinder weniger geschlachtet worden.

Für das Wasserwerk werden für den Titel Instandsetzungen und Betriebseinrichtungen 27 000 Mark mehr und für gründliche Umgestaltung des Gaswerkes 140 000 Mark gefordert. Die Versammlung bewilligt die Beträge, behält sich aber über Einzelheiten weitere Beschlußfassung vor. Infolge der Bewilli-

gungen verringert sich der Ueberschuß des Gaswerkes in dem neuen Haushaltsplan auf 105 000 Mark. Dieser Umstand mag wohl mit beigetragen haben, daß der Magistrat sich so ablehnend zu einer Petition städtischer Arbeiter stellte. Schon immer war zu beachten, daß sich der Magistrat Wünschen städtischer Arbeiter und Unterbeamten bis über die Ohren geknöpft verhielt. Auch diesmal, wo einzelne Kategorien der Arbeiter um Einführung der achtstündigen Schichtdauer (für Feuerarbeiter des Gaswerkes), Gewährung von Sommerurlaub und Gewährung eines Tagelohnes von 3 Mark (für Straßenreiner) baten. Bei der Besprechung der Eingabe kam es zu äußerst scharfen Zusammenstößen zwischen dem Magistrat und unseren Genossen. Der Magistrat behauptete, der Arbeiterauschuß wäre fälschlich als Unterzeichner und Absender der Eingabe angegeben. Schon darum liege für den Magistrat gar keine Veranlassung vor, auf die Petition einzugehen.

Im übrigen seien die Wünsche der Arbeiterschaft finanziell undurchführbar. Die Herren Dr. Bleyer und Rechtsanwalt Lewinsohn hieben in die gleiche Kerbe. Trilke widerlegte die Behauptung des Magistrats und wies unbestritten nach, daß der Arbeiterauschuß schon im September v. Js. unter dem Vorsitz des Herrn Gasdirektors einstimmig beschlossen habe, bezüglich des Sommerurlaubs und der Achtstündenschicht zu petitionieren. Der Magistrat habe dieses Bescheid abfällig beschieden. Darum sei die Stadtverordneten-Versammlung die rechtliche weitere Instanz. Unser Redner begründete wirkungsvoll die Notwendigkeit einer Berücksichtigung der Arbeiterwünsche. Aus amtlichen Berichten von Fabrikinspektoren führte er den Nachweis, daß es sich um gewichtige Kulturbestrebungen handle, welche auch die Gemeinde Elbing anerkennen müsse. Gegenwärtig hätten bereits 56 Gemeinden mit 75 Gaswerken die Achtstündenschicht eingeführt. 231 Orte gewährten schon bis zu 14 Tagen Urlaub. Ein Schlußantrag machte der Debatte ein Ende. Es erwies sich wieder einmal, daß für die unteren Schichten einzig und allein die Sozialdemokratie ernstlich eintritt.

Für die von der Lungen-Fürsorgestelle geplante Wald-erholungsstätte im Ziegelwald wurden 6500 Mark aus einem Fonds zur Verfügung gestellt.

Rache muß kalt genossen werden. Der Bund der Landwirte hielt in Marienburg eine Vertrauensmännerversammlung ab. Diese reaktionären Ultras beschlossen einen planmäßigen Rachefeldzug gegen alle Wähler, die bei der letzten Wahl nicht für Oldenburg durchs Feuer gegangen sind. Zu dem löblichen Beginnen teilten jene Herrschaften die Wähler in folgende drei Klassen:

Erstens in solche Wähler, die den Wahlauftrag für Herrn v. Oldenburg unterschrieben oder sich zum mindesten nachweislich für ihn eingesetzt haben;  
zweitens in solche, die den Wahlauftrag für den parteilosen Kandidaten, Forstrat Schröder, unterschrieben oder zum mindesten verdächtige Redensarten geführt haben;  
drittens in die Unbeteiligten, deren Gesinnung nach Möglichkeit noch erforcht werden soll.

Die Angehörigen der ersten Klasse werden von den Oldenburgern geschäftlich deart bevorzugt, daß die in Betracht kommenden Gewerbetreibenden sich dadurch geniert fühlen. Allzuviel tut eben auch nicht gut. Die Wähler der zweiten Klasse werden völlig boykottiert! Die Bündler bezahnen ihnen die Rechnungen und sagen offen zu den Geschäftsleuten, daß sie auf ihre Kundschaft nicht mehr rechnen dürfen. Die Männer der dritten Klasse müssen restlos Buße tun und sich bedingungslos dem agrarischen Glaubensbekenntnis unterwerfen, wollen sie nicht zur zweiten Klasse geworfen werden.

Das Kreisblatt, die Marienburger Zeitung stellt in ihrer Nummer 37 die Erfolge des agrarischen Vorgehens schmunzelnd und triumphierend fest:

„So mancher Geschäftsmann wird es jetzt nach den Wahlen am Rückgang seines Geschäfts spüren, daß er eine große Torheit begangen hat, seine ländliche Kundschaft durch Bekämpfen der Wahl des der Landwirtschaft freundlichen Herrn v. Oldenburg vor den Kopf gestoßen zu haben.“

Noch bezeichnender ist folgendes Inserat in der gleichen Nummer der Marienburger Zeitung:

„Zur Steuer der Wahrheit! Es ist mir zu Ohren gekommen, daß in hiesigen Kreisen das Gerücht verbreitet ist, ich habe bei der Reichstagswahl mein Auto zur Agitation für Herrn Forstrat Schröder zur Verfügung gestellt. Dieses ist einfach un wahr!! Herr Gemeindevorsteher Pauls sowie meine nächsten Nachbarn können bezeugen, daß dieses nicht der Fall gewesen ist. Daß mein Name unter dem Wahlauftrag für Herrn v. Oldenburg gefehlt hat, beruht auf einem Versehen, was Herr Amtsvorsteher Esau hier selbst jederzeit bekunden kann.“

Platenhof, den 12. Februar 1912.

R. Wiens, Baugewerksmeister.“

Weiche unmännliche Furcht verrät doch dieses Inserat! Was Wunder, wenn sich da die Junker als Herren der Situation fühlen.

Als Bahnbrecherin in der Lieferung feinsten Qualitäten hat sich seit Jahren

## Hollando's Tafelmargarine

an die Spitze des gesamten Konsums geschwungen und diese Schwere sich bei allen klugen und sparsamen Hausfrauen eine gradezu beispiellose Beliebtheit.

Täglich frischer Ausstich zu 1,00 Mk., 90, 80 und 70 Pfg. per Pfund.

## Danziger Margarine-Spezialhaus „Hollando“

Alexander Weichbrodt

Hauptgeschäft: An der Markthalle, Eingang Häkergasse.

1869

### Verkaufsstellen:

- |                            |                                  |                    |
|----------------------------|----------------------------------|--------------------|
| 1. Zoppot, Seestr. 1       | 4. Neufahrwasser, Olivaerstr. 68 | 7. Schichaugasse 7 |
| 2. Oliva, Am Markt 10/11   | 5. Stadtgebiet, Markt 43         | 8. Weidengasse 7.  |
| 3. Langfuhr, Hauptstr. 105 | 6. Poggenpühl 2                  |                    |

Im März wird ferner in Marienburg ein feierlicher Oldenburg-Kommers abgehalten, um alle Rechtgläubigen öffentlich festzustellen.

Wir wünschen, daß die Oldenburger sich den „Vaterländischen“ als Terrorismushelden würdig an die Seite stellen können. Auf diesem Gebiete dürfen die „Vaterländischen“ nicht mehr allein die Weisheit beanspruchen.

Die verlaunt, soll das vorliegende Material den blauschwarzen Rednern im Reichstage zugänglich gemacht werden, die Zuchthausgehege gegen die Gewalt Herrschaft der - Sozialdemokratie zu begründen haben.

Der vordringende Kapitalismus Elbings besitzt eine verhältnismäßig große Anzahl Tischlergesellen, die bisher zum größten Teile in Kleinbetrieben beschäftigt waren. In den letzten Jahren ist infolgedessen auch hier die kapitalistische Entwicklung lebhafter als früher. Ein Beispiel ist das Schicksal der Andreesschen Tischlerei. Mitte der neunziger Jahre etablierte sich Herr Andree auf dem Mühlendamm. 1901 brannte seine Werkstatt ab. Nach dem Brande kaufte Herr Andree die Wollenberg'sche Tischlerei und verlegte sie mit der seinen. Jetzt legt er sich zur Ruhe und verkaufte seine Möbelfabrik an die Herren Klintmann u. Fischer, die ihren Betrieb mit dem Andreesschen verschmelzen. So entstehen allmählich einige Großbetriebe, während die große Masse der kleinen Kräfte den Boden unter den Füßen schwinden sieht. — Die Elbinger Zeitung bemerkt, wenn Herr Andree sich in verhältnismäßig jungen Jahren zur Ruhe setzen könne, sei das die Frucht einer mühseligen Arbeit. Dem stimmen wir zu. In der Andreesschen Fabrik würde es unermüdet gearbeitet, daß die Kollegen nicht ein Wort miteinander wechseln dürften, ohne einen Anspanner zu gebrauchen. Das Andreessche Vermögen verbannt im wahrsten Sinne des Wortes unermüdet Arbeit sein Entstehen.

Herr Schröder als einseitiger Reiter. Die blauschwarze Reichspartei wurde bei den letzten Reichstagswahlen so zusammengeschoben, daß sie nur Ab und An sich gerade noch vierzehn Mandate erlangte. Damit war die Reichspartei zur Einflusslosigkeit verdammt, weil zur Führung einer Fraktion mindestens fünfzehn Mitglieder erforderlich sind. So wurde denn der Elbinger „vaterländische“ Schröder, wohl oder übel, in Gnaden von der Reichspartei aufgenommen. Es ist ihm alles vergeblich, da die Reichspartei durch ihn weder zur Fraktion geworden ist und Vertretung in Kommissionen und im Senatskonvent beanspruchen darf. Doch des Schicksals Lücke droht aufs neue. Der bekannte Reichsverbandsgeneral v. Liebert, ebenfalls Mitglied der Reichspartei, lebt in banger Sorge. Er wird mit nur wenigen Stimmen Mehrheit Abgeordneter. Diese Wahl erfolgte unter Umständen, die ihre Ungünstigkeitserklärung nicht heimlich machen. Falls der Reichsverbandsgeneral, dann hat die Reichspartei, trotz des Herrn Schröder, abermals auf Fraktion zu sein.

In welchem Sinne Schröder im Reichstage zu wirken willens ist, das läßt eine Versicherung des Reichsparteilers Dr. Trendt deutlich erkennen. Dieser Führer der Reichspartei sagte nämlich am 16. Februar 1912 im Reichstage an einer Stelle seiner Rede zum Inhalt: „Den Ausführungen des Abgeordneten Grafen Böttner über den Terrorismus der Sozialdemokratie stimme ich durchaus zu. Es ist eine unerbittliche Schwäche, daß dagegen nicht früher eingeschritten worden ist. (Bravo! rous. Unden bei den Sozialdemokraten.) Für uns steht die Sozialdemokratie außerhalb des Staates. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Aber wir sind da!)“

Die Sozialdemokratie steht außerhalb des Staates! Das heißt, sie hat keinen Anspruch auf Recht und Gesetz und soll nach dem Willen der Reichsparteiler durch brutale Gewalt niedergedrückt werden. Zuchthausgehege sind da nur eines der kleinen Mittel gegen die Arbeiterklasse.

Wie denken die Arbeiter jetzt über den famosen Schröder, wie ihm gegen ihre Klassenbrüder zum Mandat verhalten?

Die Einrichtung von Gasautomaten beschäftigt die kabbische Gasanstalt. Bis auf weiteres sollen für 10 Pfennige 65 Liter zur Abgabe gelangen.

### Marienburg.

Der wunderbare Handwerksbursche unter den Vögeln ist der Star, einer unserer bekanntesten Frühlingsvögel. Jung und Alt begrüßt ihn mit Jubel, wenn er zum ersten Male wieder auf dem Schwanenstiel sitzt und flügelstreichend, schnurrend und trommelnd den abziehenden Winter einen spöttischen Abschiedsgruß zuspricht. Wenig macht es ihm aus, wenn auch noch winterliche Schneeflocken ihm dabei auf das flügelnde schimmernde Hochgeschweide fallen, denn er ist so unverwundlich guter Nature und ein gar weiserdarter Geselle. Der nicht selten, auch manymal, den ganzen Winter über bei uns ausbleibt und sich dann plötzlich und recht durchs Leben zu hüpfen sucht. Freilich magen wohl die meisten der bei uns erlegten Stars nicht bei uns erlegt sein, sondern aus nächsteren Gegenden kommen. Kleine Jagdenunternehmungen im Gebirge und Armeidungen der Körperkraft lassen dies schließen, wenn auch eine ganzamerikanische und eingebende Untersuchung darüber noch nicht erfolgt ist. Uebrigens bildet der Star ein leicht bekannter Stern im geradezu herrlichen Beispiel dafür, wie sehr die Naturgeschichte sich unserer ganzamerikanischen Vogel in ihren wichtigsten Punkten noch der Aufklärung bedarf. So müssen wir noch nicht einmal genau, ob der Star regelmäßig zwei Stufen macht oder nur eine. Die Stufen darunter laufen ganz verschieden; jeden Jahr kommt jedes von, aber unteren dabei Verschieden. Stimm-

Alter der Vögel, Ernährungsverhältnisse usw. eine Rolle spielen, bleibt noch aufzuklären. Ebenso ist der Herbstzug der Stars noch eine offene Frage, die vielfach schon zu scharfen Auseinandersetzungen geführt hat. Ziehen die jungen Stars mit den alten oder getrennt von ihnen, treten diese die große Reise vor ihnen an oder umgekehrt? Herr Dr. Curt Flordein in Göttingen ersucht, ihm in wissenschaftlichem Interesse Beobachtungen zur Beantwortung dieser Frage, sowie über den Star im allgemeinen mitzuteilen.

Niedergerannt ist das Gasthaus des Herrn Preuß in Reinland bei Liegenhof bis auf die Grundmauern.

### Danzig-Land.

#### Arbeiter! Parteigenossen!

Wenige Wochen und die Gemeindevahlen finden statt. Im März wird ein Drittel der Gemeindevretung auf die Dauer von sechs Jahren neu gewählt. Da ist es nötig, daß die Arbeiterschaft ihre Zurückhaltung aufgibt und Männer aus ihren Reihen in die Gemeindevretung entsendet.

Die Wichtigkeit der Gemeindevahl liegt auf der Hand. Schule und Polizei, Armenpflege und viele andere Dinge, welche die Arbeiterschaft in unmittelbarer Weise angehen, werden in der Gemeindevretung behandelt. Wir müssen dort Männer haben, die mit uns denken und fühlen, die unsere Interessen verstehen! Der Arbeiter darf nur auf sich selber zählen. Und darum: Genossen, organisiert beizeteln den Wahlkampf! Wollen wir ihn siegreich bestehen, dann können wir nicht bis zum Tage vor der Wahl schlafen. Schon jetzt ist die Einleitung der nötigen Schritte erforderlich. Die Parteileitung wird den Orten, die sich an der Gemeindevahl beteiligen, mit Rat und Tat zur Hand gehen; sie kann aber nur dann erfolgreich arbeiten, wenn die Genossen in den Dörfern selber die feste Absicht haben, mit den Volkseigenen in den Gemeindevretungen aufzuräumen und mit aller Kraft dafür einzutreten.

Eins vor allem ist nötig: Arbeiter, bezahlt die rückständigen Steuern! Nach dem Gesetz verliert derjenige, der seine Gemeindevahl nicht bezahlt hat, das Wahlrecht. Das ist eine Ungerechtfertigkeit, die aber unsere Gegner gerne benutzen, um den Proletariats das Wahlrecht zu nehmen. Diesen Triumph dürfen wir den Volkseigenen nicht gönnen. Darum nochmals: Zahlt die Steuern, ehe der Wahltag kommt!

Weiter bitten wir unsere Parteireunde dringend, Wünsche betreffs Flugblätter und Versammlungen der Parteileitung Danzig-Land so schnell als möglich zu übermitteln, damit diese alles Erforderliche veranlassen kann.

In die Arbeit! Genossen, zeigen wir, daß die Sozialdemokratie in Danzig-Land rasches Fortschreiten!

Der Bürgerverein von Odra macht mobil! Natürlich gegen die Sozialdemokraten. In einer Versammlung in der Dübahn nahm er zu den kommenden Gemeindevahlen Stellung und wählte eine vorbereitende Wahlkommission von zwölf Personen. Der Amtsvorsteher und mehrere Gemeindevretungsbeteiligten nahen der Versammlung. Unsere Odraer Genossen werden also in der nächsten Zeit das gewohnte bürgerliche Aufgebot ins Feld rücken können.

Wie die rote Flut steigt. Der Landarbeitersverband unternahm kürzlich in einigen Dörfern an der Weichsel eine Agitation. In Siegen traten 41 und in Stutthof 16 Personen der Organisation bei.

Ein krankes Schwein brachte dem Fleischermeister Engle aus Bürgerweien einen Monat Gefängnis ein. Er hatte das Viechtich ohne ärztliche Untersuchung in der Hand gebrakt, obwohl er wußte, daß das Tier an Keuchstichkrankheit krank war.

### Marienwerder.

Der Herr Gebensowalter. In Groß-Baptitz hatte eine Danziger Firma die Ausbeutung einer Kiesgrube unternommen. Zur Ausschüttung stellte sie den Herrn Edmund Hundrey an. Die Unzufriedenheit der Arbeiter gegenüber angetreten ist, beweist die Tatsache, daß die Elbinger Strafkammer den Herrn zu einem Monats Gefängnis verurteilte. Außerdem zur Zahlung von Geldstrafen im Gesamtbetrag von 550 Mark an zweien seiner Arbeiter. Der Herr Gebensowalter hatte bei Lohnzahlungen Armeiter wiederholt in schwerer Weise mißhandelt. Daß es bei diesen Ausschüttungen mit zugegangen sein muß, lehrt die Höhe der Strafe. Obwohl die so Behandelten gelehrte Arbeiter waren — der eine Rechtskämmer, der andere Steinmetz — fanden sie nicht den Mut in die Öffentlichkeit und bezogen sich auch nicht zum Schutze an die Organisation. Erst durch den Gerichtsbericht wird einiges von den Vorgängen bekannt. Da lege noch einer, daß unsere weipreussischen Arbeiter nicht geduldi sind.

### Graudenz.

Ein köstliches Dasein ist dem Küchjahren der Molkerei-Betriebsrat Graudenz, Wamitz bestritten. Wamitz um 12 Uhr mittags in seinem Pferd und Wagen. Kennen und andere befragen. Um 6 Uhr beginnt das Ausfahren der Milch. Die Fahrer der Küchler mah zum Vortragen der Milch anzuhalten. Um 12 Uhr mittags kommen die Leute wieder von der Molkerei, geben die Kannen zurück und ziehen ab. Nachmittags um 1 1/2 Uhr beginnt der Dienst abwärts. Wenn die Küchler von der zweiten Fahrt wieder-

kommen, ist's 6 Uhr abends. Lohn erhalten die Leute nicht. Von dem Erlös für verkaufte Butter und Sahne gibt ihnen die Genossenschaft 3 Prozent, für jedes Liter verkaufter Milch 1 Pfennig. Manchmal kommt es vor, daß die Milch schlecht ist, beim Aufkochen gerinnt und dergl. Wenn sich dann die Abnehmer beim Küchler beklagen, ist dieser gezwungen, den Schaden aus seiner Tasche zu ersetzen, um nicht die Kundenschaft zu verlieren. In der Molkerei darf e. kein Wort sagen. Dort heißt es sofort: Bringen Sie die ganze Milch zurück, ein oder zwei Kannen können wir nicht zurücknehmen. Unter diesem Verhalten leiden die Säuglinge in den Arbeiterfamilien besonders, da sie nach dem Genuß von schlechter Milch Brechdurchfall bekommen und wochenlang kränkeln. Für die gute „Kindermilch“ nimmt die Genossenschaft 30 Pfennige pro Liter — eine unerschwingliche Summe für Proletariat.

Zustände, wie sie in der Molkereigenossenschaft Graudenz-Marusch herrschen, wären in West- oder Mitteldeutschland unmöglich. Den unorganisierten Arbeitern des Ostens kann man sie freilich bieten.

Swiety Alekay metropolita ruski. Das heißt auf deutsch: Der heilige Alex, russischer Erzbischof und bildet die Ueberschrift einer rührenden Wundergeschichte, die Pan Kulerski seinen Lesern aufzählen läßt. Um es kurz zu machen: der heilige Alex ist, obwohl bereits Jahrhunderte tot, einer der größten Heiligen des russischen Volkes. Er wurde 1330 geboren und war zunächst ein lockerer Zeisig, der in seinen jungen Jahren gerne den Vögeln und auch anderem Wild nachstellte. Dann aber ward er fromm, brachte es bis zum Erzbischof und „nte Wunder tun. Eine blinde muhamedanische Prinzessin heilte er durch Gebet und Handauflegen. Bald danach „rb „Swiety Alekay“ und gab seine reine Seele ruhig dem Herrgott...

Solchen Kohl tißt nun ein Mann, der vorgibt, das Beste seines Volkes zu wollen, seinen armen Landsleuten auf! Um die Heilung der Fürstin Bardeber recht sinnfällig darzustellen, wird das „Wunder“ gleich bildlich vorgeführt. Alekay natürlich mit einem Heiligenschein, wie sich gebührt. Jemandem im 20. Jahrhundert eine derartige Kost zu bieten, ist wirklich mehr als grober Unfug.

### Schweh.

Wahlschwindel. Bei den jetzigen Etatsdebatten im Reichstage machte der polnische Abgeordnete Dr. Seyda über die Schweizer Wahl folgende Bemerkungen:

„Unglaubliche Manipulationen sind bei der Wahl in Schwyz vorgekommen. Dort wurde die Wahl des Polen o. Sah-Jaworski hintertrieben, weil viele Stimmen in ganz ungesetzlicher Weise für ungültig erklärt wurden, die ganz richtig lasteten: Abgeordneter o. Sah-Jaworski. Denn Herr von Sah-Jaworski ist preußischer Landtagsabgeordneter. Das ist amtlicher Wahlschwindel! (Sehr richtig! bei den Polen.) Dem Reichsparteiler z. Halem, der für gewählt erklärt wurde, wird öffentlich bald von der Wahlprüfungskommission bedeutet, daß er hier nichts zu suchen hat.“

### Thorn.

Fortschritte der Organisation. Die Feldsteinerschläger schlossen sich in Thorn der Gewerkschaft der Steinseher an. In Culmsen gründeten die Steinseher und Kammer eine neue Verbandsfiliale.

Auf der Weichsel brachen zwei kleine Jungens ein und ertranken, obwohl Zuchthauer mit eigener Lebensgefahr Rettungsversuche unternahmen.

### Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Dirschau. Berannt wurde ein auswärtiger Reisender, der auf dem Wege zum Bahnhof war, in der Neustadt. Der Täter entkam unerkannt.

Graudenz. Ein Opfer der Schundliteratur fand in der Person eines 19-jährigen Arbeitsburschen vor dem Graudenz Schwurgericht. Unter Bedrohung mit einem Revolver hatte er im Rudnickter Wal e einer Raubansfall auf zwei Damen gemacht. Die Geschworenen sprachen den Ang. klagten wegen Unzurechnungsfähigkeit frei.

Krojanke. Beim Verladen von Langholz verunglückte der Arbeiter Jürgen auf dem hiesigen Bahnhof. Mit einer lebensgefährlichen Verletzung des Rückgrats wurde er in das Schneidemühlser Krankenhaus geschafft.

## Bewerkschaftsbewegung.

### Lohnbewegung der Bromberger Steinseher.

Die beiden Filialen des Steinseherverbandes haben ihre Lohnsätze zum 1. April gekündigt und 5 Pfennig Stundenlohnhöhung beantragt. Die vereinigten Tiefbauunternehmer lehnten jede Lohnhöhung mit der Begründung ab, daß der Lohn, 65 Pfennig für Steinseher und 48 Pfennig für Kammer, ein hoher sei und die vorübergehende (!) Teuerung eine Lohnforderung nicht rechtfertige. Sie wollen neue Tarife nur abschließen, wenn ihnen zugesichert wird, daß sie den Lohn des Steinsehers und Kammers, der das festgesetzte Quantum nicht schafft, um 30. resp. 10 Prozent kürzen dürfen.

Die Steinseher und Kammer werden dafür sorgen, daß aus diesen Blüten Früchte nicht reifen.

# A. Hausteine

Manufaktur. — Leinen und Konfektion

Fernsprecher 203. Elbing, Brückstrasse 112.

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur

Einzig in Elbing! Alter Markt 62

## 95 Pf.-Bazar 95 Pf.

Riesenauswahl in 1107

Wirtschaftswaren - Luxuswaren - Bijouterien  
Lederwaren - Figuren - Vasen - Kippes  
Büsten - Spiegel - Bilder - Porzelle - Hand-  
tuchbänder etc. Täglich Eingang v. Neuheiten.

## Homöopathie, Naturheilkunde

G. Fischer, Elbing

Langjährige Praxis. Fischerter. Welle Dankschreiben.  
Spezialitäten: Merg. 8-11, nachm. 2-5, Sonn. 9-12 Uhr.

## Schuhwaren

des Spezialschuhgeschäfts von  
**Geschw. Salinger**

998 ELBING, Alter Markt 27

zeichnen sich aus durch Haltbarkeit, Billigkeit  
und gute Passform. Unser Prinzip ist:  
„grosser Umsatz, kleiner Nutzen“  
bei aufmerksamster freundlicher Bedienung.

## Brauerei

# G. Preuss, Elbing

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere

Bismackbier

Logobier bei n. feinst

Brauerei

Weizenbier (Berliner Weizenbier)